

Epochenwende? Wandlungsprozesse der 1970er Jahre im politischen Diskurs. 7. Potsdamer Doktorandenforum zur Zeitgeschichte

Veranstalter: Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF)

Datum, Ort: 24.04.2009-25.04.2009, Potsdam

Bericht von: Olga Sparschuh, FB Geschichts- und Kulturwissenschaften, Freie Universität Berlin

Während die Populärkultur gegenwärtig ein Revival der „Achtziger“ erlebt, widmet sich die Zeitgeschichtsforschung in den letzten Jahren verstärkt den 1970er-Jahren. Seit Ablauf der Archivsperrfristen sind bereits einige Zeitschriftensonderhefte und Sammelbände zu dieser Dekade erschienen.¹ An übergreifenden Tendenzen und Etikettierungen mangelt es nicht, allerdings fehlt es vielfach noch an empirischen Untersuchungen. Deshalb lud das Zentrum für Zeithistorische Forschung unter dem Titel „Epochenwende? Wandlungsprozesse der 1970er Jahre im politischen Diskurs“ zum 7.Potsdamer Doktorandenforum.² Das Forum wurde durch die Doktorandinnen und Doktoranden des ZZF organisiert, die damit auswärtigen Promovierenden der Geschichtswissenschaften die Möglichkeit gaben, ihre laufenden Dissertationsprojekte vorzustellen.

Die 1970er-Jahre waren gekennzeichnet durch tiefgreifende Veränderungen im politischen Diskurs und im politisch-kulturellen Raum. Diese realen und diskursiven Transformationsprozesse sollten anhand der vorgestellten empirischen Untersuchungen greifbar gemacht werden. Einerseits war zu klären, ob die 1970er-Jahre als strukturelle Zäsur und Beginn einer neuen Epoche betrachtet werden können. Andererseits sollte diese Epochenwende periodisiert werden, besonders, weil Jahrzehnte in der Zeitgeschichtsschreibung nicht zwangsläufig mit dem kalendarischen Zeitraum zusammenfallen, wie die Konzepte der „langen“ fünfziger und sechziger Jahre zeigen.³ Dazu

waren thematisch sehr vielfältige Projekte eingeladen worden, die in den vier Sektionen des Forums – „Intellectual History der Epochenwende“, „Umwelt als neues Politikfeld“, „Die Transformation der Industriegesellschaft“ und „Gesellschaftlicher Wandel und politische Kultur“ – vorgestellt wurden.

JENS HACKE (Hamburg) eröffnete die Tagung mit einem Vortrag über die Möglichkeit der Erforschung des Einflusses von Ideen und Ordnungssystemen auf gesellschaftliche Wandlungsprozesse. Politische Ideengeschichte habe die Aufgabe, politisches Denken zu kontextualisieren und Diskurse zu dechiffrieren. Dabei müsse sie jene Ideen untersuchen, die gesellschaftlichen Konsens schafften, aber auch in politisch Abseitigem Bedeutung für das politische Geschehen erkennen. Da eine auf die ganze Gesellschaft bezogene Ideengeschichte unmöglich sei, gehe es letztlich um die Frage, welche politische Wirksamkeit und Nachhaltigkeit bestimmte politische Ideen haben. Diesen konkreten politischen Ideen und ihren gesellschaftlichen Auswirkungen widmeten sich die folgenden Vorträge.

Intellectual History der Epochenwende

Die erste Sektion wurde durch den anregenden Vortrag von ACHIM EBERSPÄCHER (Hannover) über die Wissenschaft der Futurologie und die Grenzen der Fortschrittseuphorie eröffnet. In der Hochkonjunktur der Zukunft in Medien, Wissenschaft und Öffentlichkeit der 1960er-Jahre, habe die Futurologie den Anspruch verfolgt, nicht mit Erfahrungswissen zu arbeiten, sondern die „Zukunft“ zu berechnen. Auch der 1972 veröffentlichte Studie des „Club of Rome“, die zuerst die Grenzen des Fortschrittsglaubens aufzeigte, habe diese Überzeugung zu Grunde gelegen. Während damit das Ende der Zuversicht begonnen habe und die Zukunftsforschung aus Medien und Öffentlichkeit verschwand, wirke der damals geprägte „professionelle“ Umgang mit der Zukunft fort – das zeige sich auch heute in der Arbeitsweise von Prognoseinstituten und Unternehmensberatungen. EVA BÜRGER (Tübingen) wies darauf hin, dass die 1970er-Jahre von einem Krisenbewusstsein und der Forderung nach einer sozialtheoretischen Neuorientierung geprägt gewesen seien. Gleichzeitig hätten sich in dieser Zeit der wissenschaftliche und der öffentlich-politische Diskurs wechselseitig stark beeinflusst. Als Jürgen

¹ Anselm Doering-Manteuffel / Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte nach 1970, Göttingen 2008; Konrad Jarausch (Hrsg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008; vgl. auch das Themenheft „Die 1970er Jahre – Inventur einer Umbruchzeit“, Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History 3 (2006).

² Programm siehe H-Soz-u-Kult unter <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=11136>.

³ Bernd Faulenbach, Die Siebzigerjahre – ein sozialdemokratisches Jahrzehnt?, in: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004),

Habermas und Niklas Luhmann Ende der 1960er-Jahre in eine Debatte über Perspektiven der modernen Gesellschaft traten, so Bürger, dienten die Haltungen beider deshalb der intellektuellen Wegweisung, die von den Zeitgenossen sowohl auf wissenschaftlicher als auch auf gesellschaftspolitischer Ebene nachvollzogen werden konnten. Bürger betrachtete die Zeit zwischen der Mitte der 1960er- und 1980er-Jahren dabei als einheitliche Epoche in ideen- und kulturgeschichtlicher Hinsicht und plädierte für die Bezeichnung „lange 1970er“ Jahre. MARTIN KINDTNER (Tübingen) zeigte, dass die Philosophie des Poststrukturalismus auf erkenntnistheoretische und gesellschaftspolitische Probleme reagiert habe, die durch den Strukturbruch entstanden seien. Dabei sei diese Denkweise nicht nur zeitgenössisches Deutungsangebot gewesen, sondern habe – indem die Intellektuellen ihre philosophischen Konzepte in Bezug zur politischen Praxis setzten – gleichzeitig zur Etablierung der Postmoderne beigetragen. Kindtner vermutete, die Theorietexte der Philosophen und die Praxis der postmodern inspirierten politischen Gruppen seien von denselben doxischen Vorannahmen geprägt gewesen. Besonders vielversprechend erschien sein Ansatz, die Theorietexte als Quellen zu lesen.

Umwelt als neues Politikfeld

In ihrem Vortrag beleuchtete SANDRA TAUER (Freiburg) den durch die „Ölkrise“ hervorgerufenen Paradigmenwechsel in der Energiepolitik Westeuropas. An den Beispielen der Bundesrepublik und Frankreichs zeigte sie, dass die Ölkrise zu einer internationalen Energiediplomatie geführt habe, bei der beide Länder unterschiedliche Interessen verfolgten, während es in den nationalen Energiepolitiken und Mediendebatten erstaunliche Übereinstimmungen gegeben habe. Sei die Energiepolitik ab 1973 zunächst durch das Streben nach Versorgungssicherheit bestimmt gewesen, hätten sich um 1980 verstärkt Umweltverträglichkeit und soziale Akzeptanz als Zielgrößen herausgebildet. Durch den Verweis auf das Jahr 1980 relativierte Tauer die Bedeutung von 1973 als zeitgeschichtliche Zäsur. BIRGIT METZGER (Freiburg) ging der Frage nach, inwiefern die Waldsterbensdebatte in der Bundesrepublik der frühen 1980er-Jahre als Indiz für die Epochenwende zu bewerten sei. In dieser Debatte sei einerseits die Krise des Fortschrittsglaubens zum Ausdruck gekommen, andererseits habe sie ein bedeutendes Maß an Kontinuität aufgewiesen. Besonders deut-

lich werde das bei der Diskussion der Gegenmaßnahmen, die vor allem in technischer Weiterentwicklung gesucht worden seien. Letztlich, so Metzger, sei der Fortschritt nur rhetorisch in Frage gestellt worden und aus den politischen Maßnahmen nicht mehr wegzudenken gewesen. Ein Befund, der in deutlicher Übereinstimmung mit Eberspächers Ergebnissen über die Futurologie steht. Das Waldsterben war auch zentral für die Parlamentarisierung der Grünen, wie SASKIA RICHTER (Berlin) zeigte. Indem die Abgeordneten der Grünen beim Einzug in den Bundestag durch Umweltverschmutzung geschädigte Tannenbäumchen trugen, hätten sie diesem Thema symbolisch Zugang zum Parlament verschafft. Dadurch, dass sich die aus den Neuen Sozialen Bewegungen hervorgegangenen Grünen von der Forderung nach permanentem Wachstum abwandten, seien sie direkter politischer Ausdruck des Struktur- und Wertewandels der 1970er-Jahre gewesen. Mit den Grünen seien neue Personen, neue Themen und ein neues Bewusstsein in den politischen Prozess gelangt. Der Einzug der Partei in den Bundestag 1983 sei somit als Ausdruck der Wandlungstendenzen der 1970er-Jahre und als politische Artikulation der Epochenwende zu bewerten. ANNETTE VOWINCKEL (Potsdam) betonte die dreifache Ironie der Entwicklungen im Bereich der Umweltpolitik: Nach der Ölkrise hielten die Industriestaaten ihre Bürger zum Ölsparen an; das Waldsterben sollte durch technologischen Fortschritt behoben werden und die Grünen machten sich selbst überflüssig, indem sie den anderen Parteien den Umweltschutz nahe brachten. Dabei deutete sie diese Paradoxien als Merkmale einer Zeit, die durch die Gleichzeitigkeit verschiedener Strömungen gekennzeichnet gewesen sei.

Die Transformation der Industriegesellschaft

TOBIAS GERSTUNG (Tübingen) befasste sich mit der Umgestaltung von Verkehrs- und Produktionsflächen, die im Zuge des Strukturbruchs der 1970er-Jahre funktionslos wurden und brach fielen. Zunächst Zeichen für den sichtbaren Niedergang, seien diese innerstädtischen *brown fields* Planungsflächen für eine bessere Zukunft geworden, denn in den Nutzungsentwürfen der kommunalen Akteure manifestierten sich Gegenwartsanalyse und Zukunftserwartungen. Die Identifizierung dieser Ordnungsvorstellungen und der historischen Genese von Entwicklungslinien, die bis in die Gegenwart verlaufen, wirkte erfolversprechend, ob-

wohl Glasgow in der sozialwissenschaftlichen Forschung als Beispiel für den Versuch einer *Urban Renaissance* überforscht ist. Eindrucksvoll stellte SABINE DWOROG (Gießen) anhand der Erweiterung des Frankfurter Flughafens in den 1950er- bis 1980er-Jahren gesamtgesellschaftliche Transformationsprozesse dar. Der Flughafen erschien dabei als Spannungsfeld von lokalen, nationalen und globalen Interessen. In ihrem Vortrag konzentrierte sich Dworog auf das Verhältnis von Staat und Markt und wies nach, dass in diesen Jahren in der Organisation des Frankfurter Flughafens ein Wandel vom Staatsbetrieb zum privatwirtschaftlichen Unternehmen stattfand. Dabei habe es keine Zäsur, sondern einen langjährigen Transformationsprozess gegeben. Es sei zu einem Wandel des Verhältnisses von Staat und Unternehmen gekommen, bei dem das Gewicht des Staates relativiert worden sei – was letztlich auf den Übergang zu einem globalisierten Kapitalismus verweise. Im folgenden Vortrag widmete sich STEPHANIE HAGEMANN (Bielefeld) der seit den 1970er-Jahren von zahlreichen Unternehmen betriebenen Praxis der Sozialbilanzierung. Einerseits betonte sie dabei die lineare Entwicklung der aus der betrieblichen Sozialpolitik hervorgegangenen Sozialbilanzierungspraxis. Andererseits stelle die verstärkte Praxis der Sozialbilanzierung eine Zäsur im Selbstverständnis der Unternehmen dar, da sie als Reaktion der Unternehmen auf den gestiegenen gesellschaftlichen Druck zu werten sei, ihr Handeln über den Zweck der Profitmaximierung hinaus zu rechtfertigen und zum traditionellen den gesellschaftsbezogenen Gewinn in Betracht zu ziehen. Sozialbilanzierung sei demnach ein Versuch, den Forderungen nach gesellschaftlicher Verantwortung mit ökonomischen Ausdrucksformen zu begegnen.

Gesellschaftlicher Wandel und politische Kultur

Im ersten Vortrag der letzten Sektion beschäftigte sich WIM DE JONG (Nijmegen) mit der niederländischen Diskussion um die Einführung von Sozialkunde als Unterrichtsfach, die angesichts einer gefühlten Krise der Demokratie von intellektuellen Gruppen gefordert worden sei. Das politische System habe diese Initiative Mitte der 1970er-Jahre aufgenommen, um die eigene Legitimation zu stärken. Das westdeutsche Beispiel inspirierte die niederländische Debatte dabei offenbar stark – im Unterschied zu den Niederlanden war hier die Initiative nicht von der Bevölkerung sondern vom

Staat ausgegangen und bereits 1952 mit der Bundeszentrale für Politische Bildung institutionalisiert worden. Diese Verweise auf die Verflechtung der Sozialkundepraxis ließen einen echten parallelen Vergleich als lohnend erscheinen. CORDULA OBERGASSEL (Münster) analysierte anhand des Streits um das Dortmunder Theater den kulturellen Wandel in der Bundesrepublik der 1970er-Jahre. Einerseits vom Bestreben gekennzeichnet, durch ambitionierte kulturpolitische Projekte Gesellschaft zu gestalten, sei diese Zeit gleichzeitig durch die Begrenztheit finanzieller Mittel geprägt gewesen. Besonders Dortmund habe durch die Strukturkrise an finanziellen Engpässen gelitten. Kultur begriff sie dabei als umkämpftes Terrain, auf dem verschiedene miteinander konkurrierende soziale Gruppen ihre Vorstellungen von der Repräsentation der Stadt durchzusetzen versuchen. Dabei sei es typisch für die Zeit, dass die bestehenden Strukturen weitgehend erhalten blieben, während es zugleich zu einer Ergänzung des Kulturlebens durch neue Angebote aus der Alternativszene gekommen sei. DOMINIK RIGOLL (Berlin) untersuchte das Abhör-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1970 vor dem Hintergrund der Grundsatzdebatte um das Konzept der „streitbaren Demokratie“ seit den 1950er-Jahren. Für die Tendenz, welche die Karlsruher Richter bei der Abwägung von individuellen Freiheitsrechten und dem Schutz des Staates, verfolgten, habe nicht nur die Protestbewegung von 1968 eine Rolle gespielt, sondern auch die generationelle Prägung der Verfassungsjuristen. Rigoll wertete das Abhör-Urteil als eine klare Aufforderung des Bundesverfassungsgerichts zur Verfolgung von „Verfassungsfeinden“, zugleich sah er das Urteil als Fortsetzung der Debatten der Nachkriegszeit und als Vorläufer späterer Auseinandersetzungen über die Umsetzung des Radikalenbeschlusses 1972. Nicht um das Abhören, sondern um das Zuhören ging es im Vortrag von JENS ELBERFELD (Bielefeld) über Familientherapie in der Bundesrepublik. Diese habe in den 1970er-Jahren einen entscheidenden Anteil an einer sukzessiven „Normalisierung“ der Familie gehabt. Normalisierung begriff er dabei als Selbstregulation von Individuen im Bereich des Normalen – im Gegensatz zur Normierung nach Werten. Mit dem gesellschaftlichen Wandel der 1960er-Jahre sei es zu einer Krise der patriarchalischen Familienorganisation gekommen, die Anfang der 1970er-Jahre durch die Familientherapie, welche ein neuartiges Konzept von Familie

als auf Kommunikation basierendes System entworfen habe, aufgegriffen worden sei. Die gesellschaftliche Relevanz dieses Familienkonzepts habe sich in der neuen Familiengesetzgebung Ende der 1970er-Jahre gezeigt. In seinem Kommentar forderte MARCUS PAYK (Stuttgart), dem inflationären Gebrauch der Kategorie Krise nicht zu trauen. Der Untersuchung der unterschiedlichen Versuche, die antizipierte oder reale Krise zu bewältigen, maß er aber große Erkenntnismöglichkeiten bei, die sich einerseits in der stärkeren Steuerung durch den Staat, andererseits im Abschied von solchen Gestaltungsversuchen zeige.

Am Ende der beiden Konferenztage erschien es als schwierig, alle angesprochenen Aspekte auf einen Nenner zu bringen. Deutlich wurde der Umbruchcharakter dieser Zeit, die durch die Gleichzeitigkeit von Ungleichzeitigem geprägt war. So kam es zu einer Krise des Fortschrittsglaubens bei synchroner Überzeugung, dass die Lösung der Probleme nur mit Hilfe neuer Technologien zu bewerkstelligen sei. Die Krisenhaftigkeit erschien überhaupt als einer der Indikatoren dieser Jahre, wobei aber vielfach in der Schwebe blieb, ob es sich um eine gefühlte oder eine reale Krise handelte. Es wurden die vielfältigen Zäsuren dieser Jahre, aber auch die zahlreichen Kontinuitätslinien und langsamen Wandlungsprozesse offensichtlich, wobei sich besonders zwischen den Sektionen verschiedene Ergebnisse abzeichneten: Während in Bezug auf das neue Politikfeld Umwelt vor allem die Brüche mit dem Vorangegangenen betont wurden, schien es, als habe es im strukturellen Wandel der Industriegesellschaft langsame Veränderungen gegeben, die vielfach bis in die heutige Zeit anhalten. Gleichzeitig wurden in anderen Bereichen die Kontinuitätslinien mit der Nachkriegszeit betont oder der Versuch unternommen, diese Dekade als „lange siebziger“ Jahre großzügig von Mitte der 1960er-Jahre bis zur Mitte der 1980er-Jahre zu fassen. Möglicherweise werden die offenen Fragen hinsichtlich dieses „ausfransenden“ Jahrzehnts nach erfolgreichem Abschluss dieser und weiterer Dissertationen zu beantworten sein – und sobald die 1980er-Jahre verstärkt zum Gegenstand der Zeitgeschichte aufrücken.

Konferenzübersicht:

ERÖFFNUNGSVORTRAG

Jens Hacke (Hamburg): Perspektiven einer politischen Ideengeschichte für die 1960/70er Jahre

Sektion 1: INTELLECTUAL HISTORY DER

EPOCHENWENDE

Achim Eberspächer (Hannover): Welche Zukunft hat die Zukunft? 1973 und die Grenzen der Fortschrittseuphorie

Eva Bürger (Tübingen): Jürgen Habermas und Niklas Luhmann. Haltungen und Wirkungen zweier Denker in der bundesrepublikanischen Gesellschaft

Martin Kindtner (Tübingen): Wissenskritik als Gesellschaftskritik. Diskursive Codes und politische Strategien des französischen Poststrukturalismus

Kommentar: Achim Saupe (Potsdam)

Sektion 2: UMWELT ALS NEUES POLITIKFELD

Sandra Tauer (Freiburg): Von der Versorgungssicherheit zum Umweltschutz. Paradigmenwechsel und Mentalitätswandel in der Energiepolitik der Bundesrepublik und Frankreichs 1973-1980

Birgit Metzger (Freiburg): Wendezeit? Die Debatte über das Waldsterben in der Bundesrepublik 1980-1986

Saskia Richter (Berlin): Parlamentarisierung der Alternativen. Der Diskurs um den Einzug der Grünen in den Bundestag

Kommentar: Annette Vowinckel (Potsdam)

Sektion 3: DIE TRANSFORMATION DER INDUSTRIEGESELLSCHAFT

Tobias Gerstung (Tübingen): Glasgow's miles better. Der Strukturwandel westeuropäischer Hafenstädte seit den 1970er Jahren

Sabine Dworog (Gießen): Die Erweiterung des Frankfurter Flughafens. Befunde zur Transformation der Industriegesellschaft

Stephanie Hagemann (Bielefeld): Eine Zäsur im unternehmerischen Handeln? Sozialbilanzierung in den 1970er Jahren

Kommentar: Winfried Süß (Potsdam)

Sektion 4: GESELLSCHAFTLICHER WANDEL UND POLITISCHE KULTUR

Wim de Jong (Nijmegen): Political education and the development of democratic culture in the Netherlands 1966-1983

Cordula Obergassel (Münster): Kultureller Wandel und finanzielle Krise. Der Streit um das Dortmun-

der Theater in den 1970er Jahren

Dominik Rigoll (Berlin): Die unbemerkte „Tendenzwende“. Das Abhör-Urteil des Bundesverfassungsgerichts 1970 und seine Folgen für die „streitbare Demokratie“

Jens Elberfeld (Bielefeld): Vom Patriarchat zur Partnerschaft? Zur Normalisierung der Familie im Diskurs der Psychotherapie

Kommentar: Marcus Payk (Stuttgart)

Tagungsbericht *Epochenwende? Wandlungsprozesse der 1970er Jahre im politischen Diskurs. 7. Potsdamer Doktorandenforum zur Zeitgeschichte*. 24.04.2009-25.04.2009, Potsdam, in: H-Soz-u-Kult 18.06.2009.